

Fragen

**für die Fragestunde der 104. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Juni 2007**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 34
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	19, 20
Gutting, Olav (CDU/CSU)	25	Rohde, Jörg (FDP)	7, 8
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 9	Rzepka, Peter (CDU/CSU)	29
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Schewe-Gerigk, Irmingard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	21, 22
Knoche, Monika (DIE LINKE.)	32, 33	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	15
Krüger-Leißner, Angelika (SPD)	23, 24	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Waitz, Christoph (FDP)	12, 13
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	4, 28		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung bezüglich einer eventuellen Häufung von rechtsextrem motivierten Straftaten, die sich gegen anders Denkende oder anders Aussehende ohne Migrationshintergrund richten, wie es etwa bei dem jüngsten Neonazi-Überfall auf Mitglieder des Nordharzer Städtebundtheaters (Quelle u. a.: Artikel Halberstadt: Polizei räumt Fehler ein, <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/3/0,3672,5552355,00.html>) der Fall war?

2. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen sicherstellen, dass die staatlichen Behörden in die Lage versetzt werden, bei derartigen Übergriffen effizienter einzugreifen und zielorientierter zu ermitteln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, nachdem sie Pressemeldungen und Veröffentlichungen über die Korruptionsaffäre in Sachsen zur Kenntnis genommen hatte, mit Bundesminister Dr. Thomas de Maizière über diese Vorgänge und seine Vorgehensweise gesprochen, und wenn ja, mit welcher Zielsetzung bzw. mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
Teilt die Bundesregierung die verharmlosende Auffassung vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt, dass General Werner Mölders nur vom NS-Regime instrumentalisiert wurde, und wenn nein, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt, offensiv für eine Rehabilitierung General Werner Mölders in der Öffentlichkeit wirbt (Quelle: Kontraste, Sendung vom 7. Juni 2007)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

5. Abgeordnete
**Irmgard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass das Referat 402 – Gender Mainstreaming, Gleichstellungsgesetze, Antidiskriminierungsrecht – des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in unterschiedliche Bestandteile aufgelöst worden ist, und wenn ja, was ist der Grund dafür?
6. Abgeordnete
**Irmgard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Referaten sollen künftig die Aufgaben des Referats 402 wahrgenommen werden, und wie soll die Kontinuität der Arbeit gewährleistet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

7. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung Hinweise zu aus Parkproblemen resultierenden Einschränkungen der Mobilität contergangeschädigter Ohnarmer vor, und wenn ja, plant sie Maßnahmen zur Beseitigung dieser Einschränkungen?
8. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Zählt zu den durch die Bundesregierung ggf. geplanten Maßnahmen zur Beseitigung der aus Parkproblemen resultierenden Einschränkungen contergangeschädigter Ohnarmer auch die Schaffung der Voraussetzungen für die Erteilung des Merkzeichens „aG“ für diesen Personenkreis, damit diese die sog. Rollstuhlparkplätze nutzen können, und wenn nein, warum nicht?
9. Abgeordneter
**Peter
Hettlich**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderungen des Bundesrates, die Fristen zur Einführung von Energieausweisen um sechs Monate zu verzögern, d. h. erst zum 1. Juli 2008 verpflichtend einzuführen und bis zum 1. Oktober 2008 die Wahlfreiheit zwischen bedarfs- und verbrauchsorientierten Energieausweisen zu gewährleisten?

10. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde das Sicherheitskonzept für das Transrapid-Projekt in München nach § 23 Abs. 1 der Magnetschwebbahn-Bau- und Betriebsordnung (MbBO) noch nicht veröffentlicht, und wann rechnet die Bundesregierung mit der Veröffentlichung desselben?
11. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum ist das Sicherheitskonzept nicht Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen für das laufende Planfeststellungsverfahren für das Transrapid-Projekt in München, und welche Folgen für die rechtliche Anfechtbarkeit hat dies aus Sicht der Bundesregierung?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

12. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)
- In welcher Höhe und in welchen Haushaltstiteln wurden bisher Einsparungen zur Erbringung der globalen Minderausgabe im Haushalt 2007 des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) realisiert?
13. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)
- In welcher Höhe und in welchen Haushaltstiteln sollen die noch erforderlichen Einsparungen der globalen Minderausgabe im Haushalt 2007 des BKM erbracht werden?
14. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kriterien und Erkenntnisse führten in neun Fällen (Antwort der Bundesregierung vom 8. Juni 2007 auf meine schriftliche Frage vom 1. Juni 2007) zur Ablehnung der Akkreditierung von Journalistinnen und Journalisten (bitte einzeln aufschlüsseln) für die Berichterstattung über den G8-Gipfel in Heiligendamm durch das Bundespresseamt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

15. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit werden die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenbewegung, zum Beispiel Klaus Lachwitz von der Bundesvereinigung der Lebenshilfe oder Prof. Dr. Theresia Degener von der Evangelischen Fachhochschule Bochum, welche an den Verhandlungen zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als Mitglieder der deutschen Delegation in New York beteiligt waren, auch in die Erarbeitung der offiziellen deutschen Übersetzung (siehe schriftliche Fragen 16 und 17 auf Bundestagsdrucksache 16/5560 vom 6. Juni 2007) einbezogen?
16. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sah das Programm der E.ON-Norwegenreise aus, an dem der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, 2003 teilgenommen hat, und nahmen an dieser Fahrt noch andere Regierungsmitglieder, Regierungsbeamte oder Parlamentarier teil?
17. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben Regierungsvertreter oder Regierungsbeamte an ähnlichen bezahlten Reisen von Industriekonzernen teilgenommen, und hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, die von E.ON bezahlten Reisekosten in Höhe von 4 619,93 Euro beim Finanzamt angegeben?
18. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche legislativen Fortschritte hat die zu Ende gehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich der Sozialpolitik in der Europäischen Union erzielt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

19. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, die Einreise führender demokratischer Repräsentanten der Republik Taiwan (Staatspräsident, Vizepräsident, Premierminister, Parlamentspräsident, Präsident des Justiz-Yuan, Außen- und Verteidigungsminister)

nicht in gleichem Umfang zu gewähren wie einige europäische Nachbarländer, wie z. B. Frankreich, Italien, Österreich, Tschechien, Ungarn?

20. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, den Repräsentanten der Republik Taiwan in Deutschland nicht den gleichen Status zu gewähren, wie es einige europäische Nachbarländer, wie z. B. Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, tun?
21. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, den Repräsentanten der Republik China auf Taiwan einen Diplomatenpass bzw. Diplomatenausweis zuzugestehen, wie dies einige europäische Nachbarländer tun, wie z. B. Frankreich, Großbritannien, Finnland, Italien, Polen, Schweden oder Österreich?
22. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, den Repräsentanten der Republik China auf Taiwan das Recht eines Sonderkennzeichens einzuräumen, wie dies einige europäische Nachbarländer tun, wie z. B. Frankreich, Großbritannien, Lettland oder die Niederlande?
23. Abgeordnete
Angelika Krüger-Leißner
(SPD)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, die Ausländermeldepflicht und die Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung für Mitglieder der Vertretung von Taiwan in Deutschland zu erleichtern, indem die Aufenthaltsgenehmigung direkt durch die Protokollabteilung des Auswärtigen Amts beantragt wird, wie dies auch für Mitglieder der deutschen Vertretung in Taiwan üblich ist?
24. Abgeordnete
Angelika Krüger-Leißner
(SPD)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, einen touristischen Aufenthalt von bis zu 30 Tagen für taiwanesischen Bürgerinnen und Bürger von der Visumpflicht zu befreien, wie dies auch für EU-Bürger in Taiwan der Fall ist?
25. Abgeordneter
Olav Gutting
(CDU/CSU)
- Was hält die Bundesregierung davon ab, bezüglich der Bezeichnung für Taiwan bei wirtschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen eine pragmatische Haltung einzunehmen und sich generell für die Bezeichnung „Taiwan“ auszusprechen?

26. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die seitens von ihr nicht erteilte Berechtigung gegenüber der taiwanischen Vertretung, Grundstücke und Immobilien auf ihren Namen zu erwerben, und unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung die Erteilung einer solchen Berechtigung für möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die steuerliche Behandlung der taiwanischen Vertretung in Deutschland, insbesondere der Abführung von Zoll, Mehrwertsteuer und Kfz-Steuer für Dienstwagen, und unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung eine Befreiung von den oben genannten Abgaben für möglich?
28. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass der Bundesregierung keine konkreten Vorschläge von Unternehmerseite zum Abbau von gewerblichen Subventionen bekannt sind, wie die Äußerung des Bundespräsidenten, Horst Köhler, bei der Verleihung des Friedrich-August-von-Hayek-Preises vermuten lässt, und wenn doch, welche konkreten Vorschläge von Unternehmerseite oder Unternehmerverbänden gibt es zum Abbau von gewerblichen Subventionen (DIE WELT, 14. Mai 2007)?
29. Abgeordneter
**Peter
Rzepka**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in Anbetracht ihrer Beurteilung, dass die Möglichkeit einer fliegerischen Weiternutzung des Flughafens Tempelhof in reduziertem Umfang als weiterer wertbildender Faktor die wirtschaftliche Verwertung des Gesamtareals unterstützen könnte, und in Anbetracht der Tatsache, dass für die Verwertung von Bundesvermögen die Grundsätze ordnungsgemäßer Haushaltsführung gelten, gegen den Entwidmungsbeschluss des Berliner Senats im Klagewege vorgehen, um mit Rücksicht auf die Steuerzahler die wirtschaftlichste Verwertung der überwiegend im Eigentum des Bundes stehenden Flughafenimmobilie sicherzustellen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

30. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über aus finanziellen Gründen geplante Einschränkungen der Qualität der Behandlung von Opiatabhängigen in den Städten, die nach § 3 Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) eine Ausnahmegenehmigung zur Fortführung der Heroinbehandlung beantragt haben, und wie bewertet sie diese Einschränkungen im Hinblick auf die Ziele der Herointherapie?
31. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die finanzielle Unterstützung der beteiligten Heroinambulanzen bzw. Städte fortzuführen, und wenn nicht, auf welche andere Weise will die Bundesregierung sicherstellen, dass neue Patientinnen und Patienten nicht aus finanziellen Gründen abgewiesen werden müssen bzw. die Behandlungsqualität eingeschränkt werden muss?
32. Abgeordnete
Monika Knoche
(DIE LINKE.)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass die positiven Ergebnisse der Arzneimittelstudie zum Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger nicht zu einer regelgerechten Zulassung von Diamorphin in die ärztliche Therapie führte, obwohl die Signifikanz dieser Therapieform deutlich die der allgemeinen Arzneimittelzulassung überschreitet?
33. Abgeordnete
Monika Knoche
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ungleichbehandlung von schwerst Heroinabhängigen bei der wohnortnahen Diamorphinbehandlung, da es nur den ehemaligen Modellstädten möglich erscheint, eine Ausnahmegenehmigung des Amtes für Arzneimittelsicherheit zu erhalten?
34. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung bislang konkret unternommen bzw. was wird sie noch unternehmen, um dem Wunsch der hessischen Landesregierung und den am Modellprojekt Heroinbehandlung beteiligten Städten für eine Weiterführung der Heroinbehandlung über den 30. Juni 2007 hinaus zu entsprechen?

